



MARTIN DÖRMANN

MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

KULTUR- UND MEDIENPOLITISCHER SPRECHER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

ZWISCHENBILANZ 2016



INFORMATIONEN ZUR AKTUELLEN WAHLPERIODE DES BUNDESTAGES

STAND: SEPTEMBER 2016



VORWORT

- 3 Gesagt. Getan. Gerecht!

KÖLN

- 4 Im Einsatz für Köln - die Arbeit im Wahlkreis
- 6 Intensive Bürgerkontakte
- 7 „Fraktion vor Ort“ und Stadtbezirksempfänge
- 8 Service und Infos: Die drei Bürgerbüros

MITARBEITERTEAM

- 9 Die Teams in Köln und Berlin

BERLIN

- 10 Meine Arbeitsschwerpunkte im Bundestag: Digitale Infrastruktur, Kultur und Medien
- 11 Typischer Ablauf einer Sitzungswoche
- 12 Digitale Infrastruktur: Breitbandausbau – Schnelles Internet für alle
- 14 Sozialdemokratische Kulturpolitik: Kreative stärken – Kultur für alle sichern
- 16 Medienpolitik: Reform der Medienordnung und Deutsche Welle
- 18 Verkehr: Milliardeninvestition in Verkehrswege
- 20 SPD-Erfolge in der Regierungsverantwortung: Wir haben viel für die Menschen erreicht
- 24 Wahlkreisgruppen zu Gast in Berlin
- 25 Chancen und Einblicke für junge Menschen
- 26 Gremienmitgliedschaften außerhalb des Bundestages

WEITERE INFORMATIONEN

- 27 Wahlkreiszeitung „Berlin Depesche“
- 27 Homepage und Facebook
- 27 Impressum



GESAGT. GETAN. GERECHT! DIE SPD REGIERT, DIE MENSCHEN PROFITIEREN

Über 76 Prozent der SPD-Mitglieder stimmten 2013 dem Koalitionsvertrag zwischen SPD und Union zu. Denn das Vertragswerk trägt eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift. Das war ein starkes Votum und für uns sozialdemokratische Abgeordnete eine Verpflichtung, konsequent an der Umsetzung zu arbeiten.

Rund drei Jahre später lässt sich eine positive Zwischenbilanz dieser Legislaturperiode ziehen. Viele Vorhaben konnten bereits verwirklicht werden: etwa der gesetzliche Mindestlohn, die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren sowie eine bessere Pflege. Für Kommunen, Bildung und Infrastruktur gibt es deutlich mehr Geld. Die SPD regiert, die Menschen profitieren.

Seit vielen Jahren engagiere ich mich im Bundestag für den Breitbandausbau, in dieser Wahlperiode im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur. Zudem bin ich Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Kultur und Medien. Auch in diesen Bereichen waren wir erfolgreich.

Nach Jahren des Stillstandes unter Schwarz-Gelb setzten wir ein Milliardenprogramm für den Breitbandausbau durch, um flächendeckend schnelles Internet zu verwirklichen. Denn nur wenn alle Menschen und Regionen gut versorgt sind, können sie die persönlichen und wirtschaftlichen Chancen der Digitalisierung nutzen. Wir haben zudem die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, dass mehr freies WLAN im öffentlichen Raum angeboten werden kann.



Beim Kulturretat gelang es in den letzten Haushaltsberatungen stets, den Regierungsansatz deutlich zu steigern. Die Künstlersozialversicherung haben wir gestärkt. Und bei der Deutschen Welle, in deren Verwaltungsrat ich tätig bin, konnten wir zusätzliche Mittel für Investitionen und das Programm sichern – damit unser Auslandssender als weltweite Stimme der Freiheit noch mehr Gehör findet.

Deutschland ist wirtschaftlich gut aufgestellt und hat eine Rekordzahl von Beschäftigten. Es bleibt aber auch noch viel zu tun. Für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, für preiswerten Wohnraum und die Integration zahlreicher Flüchtlinge.

Für den Schutz unserer Freiheit und Demokratie gegenüber Terroristen, Rechtspopulisten und Radikalen. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – man muss sich täglich dafür engagieren. Genau das mache ich: an 1.460 Tagen in einer Wahlperiode.

Diese Broschüre soll eine Zwischenbilanz ziehen und gleichzeitig Einblicke in meine Arbeit als Abgeordneter in meinem Kölner Wahlkreis und in Berlin geben. Mein Dank gilt allen, die mich dabei in den letzten Jahren unterstützt haben: meinem engagierten Mitarbeiterteam, den SPD-Mitgliedern sowie vielen Bürgerinnen und Bürgern.

Über weitere Unterstützung und Anregungen würde ich mich sehr freuen!

Herzlichst

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Andreas' followed by a stylized flourish.



IM EINSATZ FÜR KÖLN - DIE ARBEIT IM WAHLKREIS

Seit 2002 bin ich direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den **Wahlkreis Köln I** (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt). Er reicht vom Fernsehturm „Colonus“ über den Dom, das Rathaus und die Lanxess Arena bis zum Flughafen Köln/Bonn. In ihm leben über 300.000 Menschen. Hier bin ich fest verankert, etwa auch als Mitglied mehrerer Vereine und Stiftungen.

Meine Wahlkreisarbeit ist sehr intensiv und vielfältig. Regelmäßig besuche ich **Einrichtungen, Vereine** und **Feste**, halte Kontakt zu **Betriebsräten, Unternehmen** und der **Stadtverwaltung** oder stehe für **Bürgersprechstunden** zur Verfügung. Zu wichtigen politischen Themen organisiere ich **Diskussionsveranstaltungen**. Mit meiner **Wahlkreiszeitung „Berlin Depesche“** informiere ich regelmäßig über meine Arbeit und aktuelle Entscheidungen.

Sowohl in Köln als auch in Berlin versuche ich, die **Interessen der Menschen** erfolgreich zu vertreten. Dabei sind mir der **Erhalt sozialer Strukturen** und die Unterstützung einer guten

wirtschaftlichen Entwicklung und **Infrastruktur** besonders wichtig. Eine Voraussetzung hierfür sind **solide Kommunalfinanzen**. Deshalb ist es ein zentrales Ziel, Kommunen finanziell zu entlasten. Auf diesem Weg konnte die SPD wichtige Erfolge erzielen, ebenso hinsichtlich zusätzlicher **Milliarden für Bildung**.

Einige **Kölner Projekte** konnte ich ganz konkret unterstützen, indem ich mich erfolgreich für **Förderung aus dem Bundeshaushalt** einsetzte. So gelang es beispielsweise, aus dem Bundesprogramm „**Nationale Projekte des Städtebaus**“ für den Kulturpfad **Via Culturalis** zwischen Dom und Sankt Maria im Kapitol und die Sanierung des **Stadtteilzentrums Chorweiler** eine Förderungssumme in Höhe von insgesamt **9,8 Mio. Euro** bewilligt zu bekommen. Erfolgreich waren auch die von mir unterstützten Anträge auf **Denkmalschutzförderung** für die **Gebäude des Millowitsch-Theaters** sowie des historischen **Bahnhofs Belvedere**. Bundesmittel erhält auf meine Initiative hin auch das international erfolgreiche Musikfestival **c/o pop**.



Mit Marion Tillmann und Hannelore Kraft auf dem Bauspielplatz Senkelsgraben



Das Porzer Dreigestirn besuchte mich in Berlin



Eröffnung einer Ausstellung im Bürgerbüro Porz mit Bildern von Aleksander Koyer



Zu Gast bei einer Schülergruppe erwachsener Zuwanderer/innen im Integrationshaus Kalk



Das hat Spaß gemacht: In einer TV-Sendung des WDR mit Marc Metzger durfte ich eine launige Laudatio zur Verleihung der „Ehrenrampensau 2015“ an das „Rumpelstilzchen“ Fritz Schopps halten

INTENSIVE BÜRGERKONTAKTE

Der **Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern** in meinem Wahlkreis ist mir besonders wichtig. Regelmäßig führe ich **Bürgersprechstunden** durch und organisiere **Veranstaltungen** und gemeinsame **Ausflüge**.

Zweimal im Jahr haben ortsansässige Künstler/innen die Möglichkeit, ihre Werke im Bürgerbüro Porz im Rahmen einer **Bilderausstellung** zu präsentieren. Eröffnet werden diese stets im Rahmen eines **Frühjahrs- bzw. Herbstempfanges** mit dem Landtagsabgeordneten Jochen Ott, mit dem ich das Büro gemeinsam betreibe.

Seit meiner Wahl in den Bundestag unternehme ich regelmäßig eine **Sommertour im**

Wahlkreis: Die parlamentarische Sommerpause nutze ich für Besuche von sozialen Einrichtungen, Institutionen und Betrieben.

Seit vielen Jahren Tradition sind auch meine sommerlichen **Wanderungen durch die Wahner-Heide** mit dem Journalisten und Heide-Experten Jürgen Schumann.

Beinahe täglich beantworte ich zudem zahlreiche Bürgeranfragen zu örtlichen oder überregionalen Themen. Vom bundesweiten Online-Portal **„abgeordnetenwatch.de“** erhalte ich stets die Bestnote, weil ich auf alle dort gestellten Fragen ausführlich eingehe.



Jedes Jahr nehme ich an dem bundesweiten „Vorlesetag“ teil, was mir stets viel Freude macht. 2015 war ich zu Gast in der Grundschule in Köln-Finkenberg und las den begeisterten Kindern aus dem Buch „Die Olchis sind da“ vor

„FRAKTION VOR ORT“ UND STADTBEZIRKSEMPFÄNGE

Gemeinsam mit meinen Kölner Fraktionskollegen Rolf Mützenich und Karl Lauterbach sowie seit einigen Monaten auch Elfi Scho-Antwerpes organisiere ich seit vielen Jahren die Reihe „Fraktion vor Ort“, die stets auf eine sehr positive Resonanz stößt. Zu wichtigen bundespoliti-



schen Themen waren bereits zahlreiche Fachleute und prominente Persönlichkeiten zu Gast in Köln.

Zudem beteilige ich mich an der Organisation von **SPD-Empfängen in den Stadtbezirken** meines Wahlkreises.



Kölner „Fraktion vor Ort“-Veranstaltungen 2013 – 2016:

- „Europa stärken – Zukunft sichern“ mit Martin Schulz, MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments
- „Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege – Geht das?“ mit Manuela Schwesig, stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD
- „Energiewende - Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Verbraucher“ mit Rolf Hempelmann, MdB, energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion
- „Gemeinsam für Gerechtigkeit“ mit Sigmar Gabriel, MdB, Bundesvorsitzender der SPD
- „Die Bürgerversicherung - Solidarisch – Gerech – Leistungsfähig“ mit Ulla Schmidt, MdB, Bundesminister für Gesundheit a. D.
- „Bezahlbares Wohnen in der solidarischen Stadt“ mit Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
- „Für ein modernes, weltoffenes und tolerantes Deutschland“ mit Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion
- „Menschen zusammenbringen: Integrationsmotor Sport“ mit Martin Gerster, MdB, sportpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion
- „Nachhaltige Daseinsvorsorge – Stadt- und Raumentwicklung sowie kommunale Verkehrsinfrastruktur“ mit Mike Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr in NRW
- „Das Rentenpaket – Soziale Sicherheit im Alter“ mit Gabriele Lösekrug-Möller, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- „Neue Verbraucherschutzpolitik für Deutschland“ mit Ulrich Kelber, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
- „Die Pflegestärkungsgesetze – Für eine gute und menschenwürdige Pflege“ mit Prof. Dr. Karl Lauterbach, MdB, Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- „Ein Jahr sozialdemokratische Außenpolitik“ – Probleme, Anforderungen, Lösungen mit Dr. Rolf Mützenich, MdB, Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- „Sterbehilfe – Eine Frage der Moral?“ u. a. mit Ingrid Matthäus-Meier, Deutsche Gesellschaft für humanitäres Sterben
- „Soziale Stadt - Lebensqualität in den Veedel erhalten und ausbauen“ mit Barbara Hendricks, MdB, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
- „Wie gelingt Integration?“ mit Karamba Diaby, MdB
- „Eine Welt aus den Fugen - Deutsche Außenpolitik vor neuen Herausforderungen“ mit Rolf Mützenich, MdB, Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- „Herausforderungen der Innenpolitik: Öffentliche Sicherheit - Asyl – Integration“ mit Dr. Eva Högl, MdB, Stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
- „Industrie 4.0 - Digitalisierung der Arbeitswelt“
- „Reform der Pflegeberufe“ mit Prof. Dr. Karl Lauterbach, MdB und weiteren Gästen
- „Die Welt im Krisenmodus“ Herausforderungen für die Außen- und Europapolitik mit Rolf Mützenich, MdB, Rolf-Dieter Krause und Norbert Spinrath, MdB

SERVICE UND INFOS: DIE DREI BÜRGERBÜROS

In Köln unterhalte ich gleich **drei Bürgerbüros**, in Porz, Kalk und der Innenstadt. Sie stehen allen offen, die Fragen oder Anregungen haben. Mein Mitarbeiterteam und ich versuchen in jedem Einzelfall zu helfen. Im Bürgerbüro Porz finden zudem regelmäßig **Empfänge** und **Ausstellungen** von Künstlern statt.

■ SPD-Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327, 51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 52144, Fax: 02203 / 51044
eMail: martin.doermann@t-online.de

Bürozeiten: Mo. bis Do.: 10:00 bis 17:00 Uhr
Freitag: 10:00 bis 13:00 Uhr

Mein Mitarbeiterteam: Tim Cremer (Büroleiter), Nadesha Dietz, Anton Gerber und Thomas Schwanstecher (Webmaster); Mitarbeiterteam von Jochen Ott, MdL im Gemeinschaftsbüro: Marion und Karl-Heinz Tillmann

■ SPD-Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212, 51103 Köln
Tel.: 0221 / 880 5367

Bürozeiten: Mo., Mi.: 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr;
Donnerstag: 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr,
Freitag: 12:00 bis 15:00 Uhr

Mitarbeiter von Stephan Gatter, MdL im Gemeinschaftsbüro: Frank Heinz, Tel.: 0221 / 870 4302



Mit meinen Kölner Fraktionskollegen Karl Lauterbach, Rolf Mützenich und Elfi Scho-Antwerpes unterhalte ich ein gemeinsames Büro in der Innenstadt

■ SPD-Bürgerbüro Köln

Gemeinschaftsbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18 b, 50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 16919577, Fax: 0221 / 16919579
eMail: koelner-spd-mdb@netcologne.de

Bürozeiten: Montag bis Donnerstag 9:00 bis 17:00, Freitag: 9:00 bis 14:00 Uhr

Mitarbeiter: Benedikt Dettling



Beim Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Innenstadt 2015 freuten wir uns über eine gelungene Veranstaltung im Schokoladenmuseum(v. l.): Jochen Ott, Martin Dörmann, Maître Chocolatier Levent Erdidal, die Landtagsabgeordneten Ingrid Hack, Stephan Gatter und Martin Börschel, die Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt Regina Börschel und SPD-Stadtbezirksvorsitzender Tim Cremer, zugleich stellvertretender Bezirksbürgermeister

MITARBEITERTEAM

Ein starkes Team: in Köln und Berlin werde ich von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern tatkräftig unterstützt.

DAS TEAM IN KÖLN

Tim Cremer und **Nadesha Dietz** kümmern sich um mein Bürgerbüro Porz und alle Wahlkreisangelegenheiten. Unterstützt werden sie durch **Anton Gerber** (Student) und Webmaster **Thomas Schwanstecher**, der meine Homepage betreut. Im Gemeinschaftsbüro aller Kölner SPD-Bundestagabgeordneten arbeitet **Benedikt Dettling**. Und **Frank Heinz** führt als Mitarbeiter von Stephan Gatter, MdL unser gemeinsames Bürgerbüro in Kalk.



Tim Cremer

Leiter des
Wahlkreisbüros
in Porz



Nadesha Dietz

Wahlkreismitarbeiterin



Benedikt Dettling

Mitarbeiter im Büro der
Kölner SPD-Bundestags-
abgeordneten



Frank Heinz

Mitarbeiter von Stephan
Gatter, MdL im Gemein-
schaftsbüro Kalk

DAS TEAM IN BERLIN

Stefan Stader, **Matthias Dahlke** und **Manuela Seifert** betreuen gemeinsam mein Abgeordnetenbüro. Als Fraktionssprecher für Kultur und Medien unterstützen mich **Christian Freiesleben** und **Bedriye Umucu** sowie **Stephanie Weyand**.



Stefan Stader

Leiter des
MdB-Büros



**Dr. Matthias
Dahlke**

Wissenschaftl.
Mitarbeiter im
MdB-Büro



**Manuela
Seifert**

Studentische
Mitarbeiterin
im MdB-Büro



**Christian
Freiesleben**

Fraktions-
referent



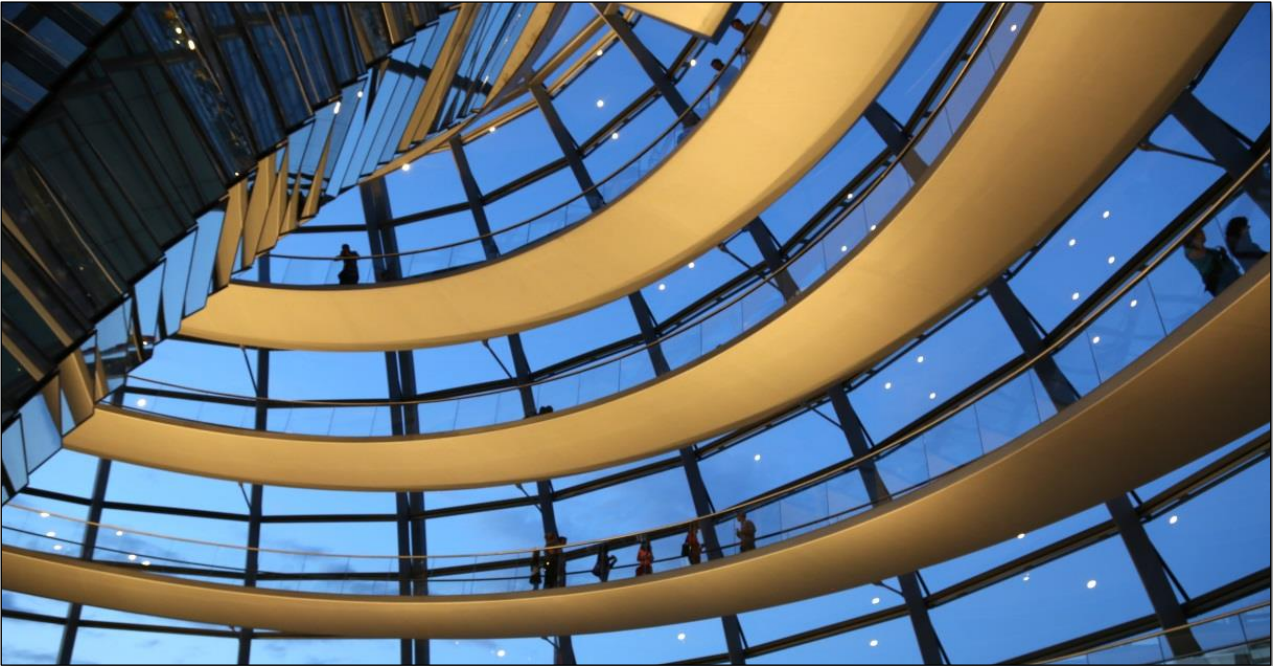
**Bedriye
Umucu**

Fraktions-
sekretärin



**Stephanie
Weyand**

Fraktions-
mitarbeiterin



MEINE ARBEITSSCHWERPUNKTE IM BUNDESTAG: DIGITALE INFRASTRUKTUR, KULTUR UND MEDIEN

Meine inhaltlichen Schwerpunktthemen im Bundestag sind **Digitale Infrastruktur, Kultur und Medien**. In diesem Zusammenhang nehme ich gleich mehrere Aufgaben wahr, vom **Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** bis hin zu meiner Funktion als **kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion**. Ab der übernächsten Seite gebe ich einen Überblick, welche konkreten Ziele wir in diesen Bereichen in der ersten Hälfte der Legislaturperiode umsetzen konnten.



Im Ausschuss für Kultur und Medien mit Burkhard Blienert, Hiltrud Lotze und Christina Jantz

Einige aktuelle Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Vorstand der Medien- und Netzpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle

TYPISCHER ABLAUF EINER BERLINER SITZUNGSWOCHE

Montag

8:35 Flug Köln-Berlin; 10:00 Beirat Bundesnetzagentur (oder Verwaltungsrat Deutsche Welle oder Medien- und Netzpolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand); 13:45 Obleuterunde Kultur und Medien (KuM); 14:30 Koalitionsrunde KuM mit Staatsministerin Grütters (BKM) im Kanzleramt; 16:00 Bürobesprechung; 17:00 SPD-Fraktionsvorstand; 19:00-21:30 SPD-Landesgruppe NRW



Dienstag

8:00 Koordinierungsrunde der SPD-Sprecher im Bereich Kultur, Medien, Innen, Recht; 9:15 Arbeitsgruppe (AG) Verkehr und digitale Infrastruktur; 11:00 AG Kultur und Medien; 12:30 SPD-Sprecherrunde; 13:30 Mittagskoordinierung; 15:00 SPD-Fraktionssitzung; 19:00-21:30 Abendtermin (z.B. Parlamentarischer Abend, Podiumsdiskussion)

Mittwoch

8:00 Sitzungsvorbereitung; 9:30 Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur; 13:00 Gesprächstermin; 14:00 Ausschuss für Kultur und Medien; 17:00 Büro/Gesprächstermin; 19:00-21:30 Abendtermin



Mit dem Berliner Arbeiterteam

Donnerstag

7:30-9:00 SPD-Arbeitskreis Urheberrecht; 9:00 Plenum (Parlamentsdebatten); 13:00 Büro; 14:30 Dialogveranstaltung des Projekts Medienordnung oder Fachgespräch; 17:00 Plenum (ggf. Rede), 19:00-21:30 Abendveranstaltung



Freitag

8:00 Gesprächstermin; 9:00 Plenum (Parlamentsdebatte); 11:00 Bürobesprechung; 13:00 Büroarbeit (Vorgänge, Diktate); 15:00 Flug Berlin-Köln; 18:00-20:30 Diskussionsveranstaltung in Köln



Samstag/Sonntag

Wahlkreistermine, Büroarbeit, Vorbereitung der nächsten Sitzungswoche (Unterlagen lesen, Texte erstellen, eMails bearbeiten)



DIGITALE INFRASTRUKTUR: BREITBAND AUSBAU - SCHNELLES INTERNET FÜR ALLE

Seit 2005 bin ich zuständiger **Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für digitale Infrastruktur**.

In dieser Wahlperiode ist es erstmals gelungen, für den Breitbandausbau einen **Milliardenbetrag für ein Förderprogramm des Bundes** zu sichern. Und bei der Versteigerung von Funkfrequenzen wurde eine hohe **Mindestabdeckung für schnelles mobiles Breitband (LTE)** festgelegt. Außerdem werden durch den gesetzlichen Wegfall der bisherigen Haftung **mehr offene WLAN-Netze** zur Verfügung gestellt.

Milliarden-Förderprogramm für den Breitbandausbau

Schnelles Internet für alle sichert **Teilhabe** sowie **wirtschaftliche Chancen**. Die SPD hat deshalb im Koalitionsvertrag (mit meiner Beteiligung) **ambitionierte Ausbauziele** verankert. Bis 2018 soll es eine **flächendeckende Breitbandversorgung** mit Geschwindigkeiten von mindestens **50 Mbit/s bis 2018** in ganz Deutschland geben. Dies ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, lag doch 2013 die diesbezügliche

Versorgungsquote erst bei rund 60 Prozent der Haushalte.

Zentraler Hinderungsgrund für eine flächendeckende Versorgung mit Hochgeschwindigkeitsnetzen sind bislang die überproportional hohen Ausbaukosten in dünn besiedelten Gebieten. **Förderprogramme** sind ein wichtiges Instrument, **um Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen**. Im Bundeshaushalt waren 2013 noch keine nennenswerten Mittel für Breitbandförderprogramme eingestellt.

Erstmals stehen nun im Bundeshaushalt 2,1 Milliarden Euro für ein **Förderprogramm zum Breitbandausbau** zur Verfügung. Hinzu kommen weitere Fördergelder in den Ländern. Darunter sind 0,6 Milliarden Euro, die der Bund den Ländern aus Frequenzeinnahmen der „Digitalen Dividende II“ zur Verfügung gestellt hat. Für jeden Euro öffentlicher Förderung wird ein zusätzlicher Betrag privater Investitionen für den Breitbandausbau ausgelöst. Mit **2,7 Milliarden Euro öffentlicher Förderung** bewegen wir so ein **Gesamtvolumen von 8 Milliarden Euro**.

Grundsätzlich bezuschusst der Bund bei einem maximalen Projektvolumen von 15 Millionen Euro 50 bis 70 % der Wirtschaftlichkeitslücke, 10 % sollen an Eigenmitteln erbracht werden. Die restliche Finanzierung kann durch die Länder erfolgen. Das Programm wird hervorragend angenommen, so dass bis Ende 2016 die Mittel bereits erfolgreich vergeben sein könnten. Besonders erfreulich: **70 Prozent der Mittel fließen in Glasfaserprojekte (FTTH/B)**, die besonders hohe Bandbreiten ermöglichen.



DigiNetz-Gesetz unterstützt den weiteren Glasfaserausbau

Mit dem im Sommer 2016 verabschiedeten **DigiNetz-Gesetz** werden umfangreiche Nutzungsrechte an bestehenden Infrastrukturen verankert. Dadurch wird vor allem der weitere **Glasfaserausbau wesentlich günstiger** werden.

Denn es ist festzuhalten: Der Aufbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur der Zukunft endet nicht 2018, sondern ist angesichts der wachsenden Bedarfe eine **andauernde Aufgabe**, der sich die SPD-Bundestagsfraktion weiterhin konsequent widmen wird.

Ausbauauflagen für mobiles Breitband

Immer mehr Menschen nutzen das Internet unabhängig davon, wo sie sich bewegen, etwa auf ihrem Smartphone oder Tablet. Bei der Versteigerung von Funkfrequenzen für den Mobilfunk

haben wir deshalb strenge **Ausbauauflagen für mobiles Breitband** mit dem schnellen LTE-Standard festgelegt. Damit sind wir europaweit führend.

Die Unternehmen, die 700 MHz-Frequenzen ersteigert haben, sind verpflichtet, bis Mitte 2018 mindestens 98 % der Haushalte bundesweit mit LTE zu versorgen, und zwar mit Bandbreiten von 50 Mbit/s pro Antennensektor, was für jeden Haushalt mindestens 10 Mbit/s bedeutet. Damit wird zusätzlich zum Festnetz auch eine **beinahe flächendeckende Versorgung mit schnellem mobilem Breitband** gesichert.

Weg frei für öffentliches WLAN

Mit einer **Änderung des Telemediengesetzes (TMG)** wurde ein zentrales netzpolitisches Anliegen der SPD umgesetzt: **Das bisherige Haftungsrisiko für WLAN-Anbieter wurde beseitigt**. Durch die Gleichstellung von WLAN-Anbietern mit Internetzugangsanbietern (Access Providern) entfällt die bisherige Störerhaftung.

Deshalb wird es zukünftig erheblich **mehr WLAN-Angebote im öffentlichen Raum** geben, beispielsweise in Cafés, Bibliotheken, Kaufhäusern oder Schulen. Die bisherige Rechtslage hatte dazu geführt, dass Deutschland bei öffentlicher WLAN-Nutzung deutlich hinterherhinkte.



Funktionen im Bereich „Digitale Infrastruktur“

- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Vorstand der Medien- und Netzpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand



Bei der Kulturpolitischen Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung 2015 in Berlin

SOZIALDEMOKRATISCHE KULTURPOLITIK: KREATIVE STÄRKEN – KULTUR FÜR ALLE SICHERN

Als **Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion** bin ich für den Bereich **Kultur und Medien** verantwortlich.

In dieser Legislaturperiode konnten wir für die Kultur bereits in erheblichem Umfang **zusätzliche Haushaltsmittel** sichern, die **Künstlersozialversicherung stabilisieren** und wichtige **Kulturprojekte voranbringen**.

Für die SPD gehören Kunst und Kultur zu einer offenen und vielfältigen demokratischen Gesellschaft. Sie schaffen Bewusstsein, Identität und die Freiheit zur Entwicklung des Einzelnen. Zudem bieten sie vielfältige Arbeitsmöglichkeiten und haben große wirtschaftliche Bedeutung.

Die SPD hat viele wichtige Projekte im Koalitionsvertrag verankert und versteht sich als treibende Kraft bei deren Umsetzung. An dieser Stelle besonders erwähnt seien folgende:

- **eine stabile Künstlersozialversicherung:** Die gesetzliche Verankerung der regelmäßigen Überprüfung aller Unternehmen bzgl. ihrer gesetzlichen Pflicht zur Künstlersozialabgabe war dringend erforderlich, um den weiteren Anstieg des Abgabebesatzes zu verhindern und Abgabegerechtigkeit herzustellen. Unsere Maßnahmen haben gegriffen: der Beitragssatz wird ab dem 1.1.2017 von 5,2% auf 4,8% abgesenkt.
- **Einsetzung der Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU):** Sie hat im Frühjahr 2016 ihren Abschlussbericht vorgelegt. Nach einer kontroversen Diskussion mit der Union konnten wir immerhin noch einen Antrag mit der Union verabschieden, der den BStU und das Bundesarchiv verpflichtet, die Integration

der Stasi-Akten in das Bundesarchiv konzeptionell vorzubereiten.

- **Konsequenzen aus dem bislang problematischen Umgang mit in der Nazizeit abhanden gekommenen Kunstwerken:** Verbesserung der Bund-Länder-Struktur (Schaffung „Zentrum Kulturgutverluste“), mehr Mittel für Provenienzforschung sowie Überprüfung der Rechtsnormen, die die Restitution geraubter bzw. enteigneter Kunst ggfs. begründen oder behindern.
- **Kulturgut schützen:** Mit dem neuen Kulturgutschutzgesetz wird der Kampf gegen illegalen Kulturguthandel verbessert und national wertvolles Kulturgut besser vor Abwanderung geschützt. Wir haben uns für eine gerechte Balance zwischen dem effektiven Schutz von national wertvollem Kulturgut und den Interessen der Eigentümer stark gemacht.
- **Urhebervertragsrecht reformieren:** Kreative sollen künftig eine angemessene Vergütung erhalten und eine faire Beteiligung an der kommerziellen Verwertung ihrer Leistungen erhalten. Hierzu laufen aktuell die parlamentarischen Beratungen zur Novelle des Urhebervertragsrechtes.
- **Filmförderung verbessern:** Mit dem Filmförderungsgesetz soll die Qualität und Vielfalt des deutschen Film erhalten und weiterentwickelt werden. Wir setzen uns insbesondere für die Unterstützung kleiner Kinos und die Berücksichtigung sozialer Produktionsstandards ein.
- **kritische Begleitung der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP):** das Verhandlungsmandat enthält bereits Ausnahmen für die Kultur und audiovisuelle Dienste.

Wir achten darauf, dass wichtige Errungenschaften in diesem Bereich nicht angetastet werden (z. B. Urheberrecht, öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Buchpreisbindung, Filmförderung).

Der **Bundeshaushalt im Bereich Kultur und Medien** beträgt 2016 mehr als **1,4 Milliarden Euro**. In den **parlamentarischen Haushaltsberatungen** konnten wir in jedem Jahr deutliche Verbesserungen gegenüber dem Regierungsentwurf durchsetzen. Nur einige Beispiele:

- Mittel für den Neubau des **Museums der Moderne** am Potsdamer Platz in Berlin und der im Zuge des **100-jährigen Jubiläums des Bauhauses** im Jahr 2019 geplanten **Neubauten** in Berlin, Dessau und Weimar;
- Verstärkung der Mittel für die Arbeit der **Kulturstiftung des Bundes (KSB)** und der **Bundesstiftung Aufarbeitung**;
- Fortsetzung des **Sonderprogramms Denkmalschutz** und des Programms zur **Digitalisierung insbesondere kleiner Kinos**.

Ich habe mich zudem erfolgreich dafür eingesetzt, dass auch **Kölner Projekte** gefördert wurden, etwa die Denkmalschutzarbeiten am Bahnhof Belvedere und dem Gebäude des Volkstheaters Millowitsch oder das international erfolgreiche Musikfestival c/o pop.

Funktionen im Bereich Kultur- und Medienpolitik

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Mitglied im Arbeitskreis Urheberrecht der SPD-Fraktion
- Mitglied im Vorstand der Medien- und Netzpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Kuratorium der Stiftung „Haus der Geschichte“
- Mitglied im Kunstbeirat für Sonderpostwertzeichen



Mit einem eigenen Projekt zur Reform der Medien- und Kommunikationsordnung unterstützte die SPD-Fraktion die Arbeit der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz

MEDIENPOLITIK:

REFORM DER MEDIENORDNUNG UND DEUTSCHE WELLE

Als **Medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion** ist es mein Hauptanliegen, Freiheit, Vielfalt und Qualität unserer Medienlandschaft zu sichern.

Zusammen mit meinem Kollegen Lars Klingbeil war ich Leiter des **Projekts „Reform der Medienordnung“ der SPD-Bundestagsfraktion (2014-2016)**. Zudem setze ich mich als **Verwaltungsrat der Deutschen Welle** für eine gute Perspektive unseres Auslandssenders ein.

In dieser Legislaturperiode ist es gelungen, eine Trendwende zu erzielen und die **Deutsche Welle** erstmals seit vielen Jahren wieder finanziell zu stärken. Mit dem **Fraktionsprojekt „Reform der Medien- und Kommunikationsordnung“** gaben wir wichtige Impulse für die **Bund-Länder-Kommission Medienkonvergenz**.

Projekt „Reform der Medienordnung“

Mit einer eigenen Kommission haben Bund und Länder gemeinsam eine der Konvergenz angemessene Medien- und Kommunikationsordnung weiterentwickelt. Nach konzeptionellen Vorarbeiten durch ein **Gutachten der Länder** wurde die Kommission Ende 2014 eingesetzt. Nach einem Zwischenbericht im Dezember 2015 haben Bund und Länder im Juni 2016 den Abschlussbericht entgegengenommen.

Zu fünf thematischen Schwerpunkten hat die Kommission Anpassungsbedarfe bei der Medienregulierung identifiziert: **Jugendmedienschutz, Intermediäre, Plattformregulierung, Kartellrecht/Vielfaltsicherung** und europäischer Rechtsrahmen für **audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie)**.

Unser **Fraktionsprojekt „Reform der Medien- und Kommunikationsordnung“** haben wir 2014 mit einer umfangreichen **Branchenbefragung** gestartet, deren Ergebnisse in das zitierte Ländergutachten eingeflossen sind. Seither haben wir in **Dialogveranstaltungen** und **Fachgesprächen** wichtige Einzelthemen aufgegriffen und mit zahlreichen Expertinnen und Experten diskutiert.

Für die **SPD-Fraktion** sind Freiheit und Vielfalt der Medien sowie die Sicherung der Qualität journalistisch-redaktioneller Inhalte zentrale Leitmotive für die Reformbemühungen. Konkret geht es insbesondere darum, neue Technologien und verändertes Mediennutzungsverhalten zeitgemäß abzubilden, Qualität und Vielfalt zu sichern sowie die Möglichkeiten zu verbessern, Informationsangebote und Geschäftsmodelle im Interesse der Nutzer/innen weiter zu entwickeln.

→ Mehr zum Projekt unter: www.spdfraktion.de/themen/reform-der-medienordnung

Ereigniskanale Phoenix

Bezüglich des TV-Senders **Phoenix** habe ich mich bei den zuständigen Intendantinnen und Intendanten von ARD und ZDF erfolgreich für eine finanzielle Stärkung eingesetzt, auch wenn noch einiges zu tun bleibt. Phoenix ist ein Aushängeschild des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, kämpft aber seit Jahren mit einem faktisch rückläufigen Programmstat.



Im Phoenix-Studio mit Moderator Michael Hirz

Stärkung der Deutschen Welle

Die Deutsche Welle hat ihren Sitz in Bonn und Berlin. Unser **Auslandssender** ist die Stimme Deutschlands in der Welt, soll unsere Sichtweise, Sprache und Werte vermitteln und leistet einen wichtigen **Beitrag zur globalen Meinungsvielfalt**.

Als zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion und Verwaltungsrat der Deutschen Welle ist es mir ein besonderes Anliegen, die **journalistischen Möglichkeiten des Senders zu stärken**, der über besonders engagierte und kompetente Mitarbeiter/innen verfügt.



Als Verwaltungsrat der Deutschen Welle arbeite ich mit DW-Intendant Peter Limbourg zusammen

Der Bundestag unterstützt die **Aufgabenplanung 2014-2017** der DW, die mit Innovationen und größerer Aktualität die **Relevanz und Reichweite** des Senders stärken soll. Durchaus mit Erfolg, wie aktuelle Zahlen belegen: weltweit nutzen derzeit **135 Millionen Menschen** mindestens einmal wöchentlich ein Angebot der DW im TV, Radio oder Internet.

Seit den 1990er Jahren hatte die Deutsche Welle unter erheblichen Mittelkürzungen zu leiden. In dieser Legislaturperiode hingegen **wachsen die finanziellen Mittel** für Programm, Investitionen und den Ausgleich von Tarifsteigerungen deutlich. Insgesamt beträgt der **Haushalt der DW 2016** mit Projektförderung und der DW-Akademie rund **333 Millionen Euro**.

VERKEHR:

MILLIARDENINVESTITION IN VERKEHRSWEGE

Seit 2013 bin ich Mitglied im Ausschuss für **Verkehr und digitale Infrastruktur**.

Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für persönliche Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe sowie für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Grundlage hierfür ist eine **leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur**. Deshalb galt es, die bisherige strukturelle Unterfinanzierung zu beenden.

In dieser Legislaturperiode haben wir die **Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur deutlich und nachhaltig erhöht**. Bis zum Jahr 2018 werden wir ein Niveau von rund **14 Milliarden Euro pro Jahr** aus Bundesmitteln erreichen. 2013 waren es erst 10,7 Milliarden Euro.

Wichtige verkehrspolitische Meilensteine sind zudem der **Bundesverkehrswegeplan 2030** sowie die **Fortführung und Erhöhung der Regionalisierungsmittel** für den Schienenpersonennahverkehr.

Nachhaltige Mehrinvestitionen

Alleine für die Autobahnen und die Bundesstraßen stehen 2016 rund 7,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit gibt es so viele Mittel wie nie zuvor für den Bau, den Erhalt, die Modernisierung und den Betrieb der Bundesfernstraßen in Deutschland. Das entspricht für 2016 einer Rekorderhöhung um 19 % bzw. 1,17 Mrd. Euro gegenüber dem Haushaltsansatz 2015. Für NRW beträgt die Steigerung im Vergleich zu 2015 sogar 26 %.

Dabei fließt das Geld zuerst in den Erhalt. Stück für Stück arbeiten wir damit den Investitionsstau bei bröckelnden Brücken und Straßen ab. Beim Aus- und Neubau investieren wir dort, wo es für die Autofahrer und den Wirtschaftsverkehr den größten Nutzen hat.

Netto-Einnahmen aus der Nutzerfinanzierung werden ohne Abstriche in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Die Einnahmen durch die

LKW-Maut belaufen sich jährlich auf 4,5 Mrd. Euro. Bereits zum 1. Juli 2015 wurde die Maut auf weitere rund 1100 Kilometer autobahnähnliche Bundesstraßen ausgeweitet und auf LKW ab 7,5 Tonnen, was zusätzliche Einnahmen von 380 Millionen bringt. Durch die nochmalige Ausweitung auf alle Bundesstraßen ab Mitte 2018 erwarten wir Mehreinnahmen von rund 2 Milliarden Euro.

Bundesverkehrswegeplan 2030 bringt größtes Antistauprogramm für NRW

Zu den wichtigsten Themen in dieser Legislaturperiode gehört der **Bundesverkehrswegeplan 2030**. Er wurde Anfang August 2016 vom Bundeskabinett beschlossen. In den nächsten Monaten folgen die entsprechenden Ausbaugesetze und Finanzierungsbeschlüsse des Bundestages.

Der Bundesverkehrswegeplan ist ein Planungsinstrument der Bundesregierung, das dem Ziel einer langfristigen und integrierten Verkehrspolitik dienen soll. Er legt verkehrsträgerübergreifend (Straße, Schiene, Wasser) fest, wo der Bund auf Grundlage seiner Verkehrsprognosen Investitionsbedarf sieht. Der Betrachtungshorizont liegt bei etwa 15 Jahren. Nach der Vorstellung des Entwurfs im März 2016 konnten Interessierte sechs Wochen lang Änderungswünsche äußern. Rund hundert Projekte sind so geändert worden. Das Bundesverkehrsministerium hat den Bundesverkehrswegeplan noch einmal umfassend überarbeitet.

Das Gesamtvolumen des Plans stieg durch die jüngsten Änderungen von 264,5 auf 269,6 Milliarden Euro. Insgesamt ist der Plan um rund 96 Mrd. Euro höher dotiert als der letzte von 2003. Im neuen Plan entfallen auf die Straße 132,8 Mrd. Euro (49,3 %), auf die Schiene 112,3 Mrd. Euro (41,6 %) und auf die Wasserstraße 24,5 Mrd. Euro (9,1 %). Im Vordergrund steht ein rascher und gezielter Ausbau der überlasteten Knoten und Engpässe.

NRW profitiert vom neuen Bundesverkehrswegeplan besonders: Vom gesamten Volumen, das für die Staubeseitigung investiert werden soll, fließen fast 38 % nach NRW. Das ist das größte Anti-Stau-Programm, das NRW je erlebt hat.

Vordringlicher Bedarf für Kölner Projekte wurde anerkannt

Im Bundesverkehrswegeplan sind wichtige Verkehrsprojekte in Köln in der obersten Kategorie eingestuft. So werden die Fahrstreifen mehrerer **Autobahnen** in und um Köln herum erweitert und Autobahnkreuze ausgebaut. Die **Ortsumgehungen** in Meschenich und Hürth-Hermülheim werden ebenfalls als vordringlicher Bedarf mit Engpassbeseitigung eingestuft. Gleiches gilt für den **Großknoten Köln** und den **Rhein-Ruhr-Express** im Bereich Bahn.

Im Kabinettsbeschluss wurde gegenüber der ursprünglichen Entwurfsfassung auch die dringend benötigte **neue Rheinbrücke zwischen Niederkassel und Wesseling** vom „weiteren Bedarf mit Planungsrecht“ in den „vordringlichen Bedarf“ hochgestuft, so dass mit deren Realisierung fest zu rechnen ist.

Höhere Regionalisierungsmittel

Regionalisierungsmittel sind Gelder, die der Bund den Bundesländern aufgrund des Regionalisierungsgesetzes (RegG) jährlich zur Verfügung stellt. Die Zahlungen erfolgen, weil bis 1996 der Bund für die Finanzierung des Eisenbahnverkehrs zuständig war.

Die bisherigen Regelungen des RegG waren Ende 2014 ausgelaufen. Nach längeren Verhandlungen konnte schließlich eine **Einigung über die Fortführung** erzielt werden. Der Bund stellt den Ländern im Jahr 2015 Regionalisierungsmittel in Höhe von rund 7,4 Mrd. Euro zur Verfügung. Mit dem Betrag werden insbesondere der Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

und in geringerem Umfang auch andere Projekte des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) finanziert.



Die Neureglung hat eine Laufzeit von 2015 bis 2031. Die Regionalisierungsmittel werden durch eine Änderung des Regionalisierungsgesetzes um 200 Mio. Euro **auf 8,2 Mrd. Euro durch den Bund aufgestockt**. Dieser Gesamtbeitrag wird **mit 1,8 % dynamisiert**. Die Länder übermitteln dem Bund einen einvernehmlich abgestimmten Verteilungsschlüssel für die ostdeutschen Länder und das Saarland. Der verbleibende Betrag wird nach dem Kieler Schlüssel unter den Ländern verteilt.

Für die Pendler in Nordrhein-Westfalen sind das besonders gute Nachrichten. Der Anteil, den **NRW** in Zukunft erhält, beinhaltet eine erhebliche Steigerung gegenüber den bisherigen Zahlungen. In den vergangenen Jahren bekam NRW nur einen Anteil von 15,76 % der Regionalisierungsmittel, jetzt wird er nach dem neuen Schlüssel schrittweise auf 18,99 % angehoben. Für 2016 sind das 1,286 Milliarden Euro.

Zwischen Bund und Ländern wurde zudem eine grundsätzliche Einigung über die **Verlängerung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)** über das Jahr 2019 hinaus erzielt, die es nun möglichst schnell gesetzlich umzusetzen gilt. Nach dem GVFG stehen bundesweit jährlich rund 333 Millionen Euro zur Förderung kommunaler ÖPNV-Vorhaben bereit.

Funktion im Bereich Verkehrspolitik

- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

SPD-ERFOLGE IN REGIERUNGSVERANTWORTUNG: WIR HABEN VIEL FÜR DIE MENSCHEN ERREICHT!

Die SPD konnte im Koalitionsvertrag wichtige sozialdemokratische Projekte verankern, von denen zahlreiche Menschen profitieren. Viele wurden bereits konkret umgesetzt. Gesagt. Getan. Gerecht! Nachfolgend einige Beispiele.

✓ **Der Mindestlohn ist da!**

Mit dem Mindestlohn per Gesetz geben wir der Arbeit von Millionen Menschen Wert und Würde zurück. Außerdem stärken wir die Tarifbindung und sorgen dafür, dass mehr Beschäftigte von guten Tariflöhnen profitieren.



Gesetzlicher Mindestlohn

Ab dem 1. Januar 2015 haben alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Im Übergang sind bis Ende 2016 Abweichungen möglich. Voraussetzung ist in der Regel ein Mindestlohn-Tarifvertrag. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der gesetzliche Mindestlohn flächendeckend.

Danach wird die Höhe des Mindestlohns regelmäßig durch die Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls angepasst. Besondere Regelungen gelten für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten einer neuen Beschäftigung, für ehrenamtliche Tätigkeiten, für Auszubildende und für bestimmte Praktika.



Gute Tariflöhne

Tarifverträge können künftig leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden. Sie gelten dann auch für Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen der jeweiligen Branche, die nicht Mitglied der Gewerkschaft bzw. des Verbandes sind, die den Tarifvertrag ausgehandelt haben. Das ging bislang nur, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt und der Tarifvertrag mindestens für die Hälfte der Branchenbeschäftigten gilt. Dieses Quorum entfällt. Auch ermöglichen wir es mit der Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes künftig allen Branchen, branchenweite Mindestlöhne festzulegen.

✓ **Früher abschlagsfrei in Rente**

Leistung und Anstrengung müssen sich lohnen. Deshalb können langjährig Versicherte bis zu zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen. Mütter (oder Väter), deren Kinder vor 1992 geboren wurden, bekommen mehr Rente. Außerdem haben wir die Erwerbsminderungsrente verbessert und das Reha-Budget erhöht.

Nach 45 Beitragsjahren in Rente

Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge in die Rentenkasse gezahlt hat, kann nun schon ab 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen, zwei Jahre früher als bisher. Vorübergehende Arbeitslosigkeit, Pflegezeiten und Kindererziehung werden anerkannt. Die Grenze für die abschlagsfreie Rente steigt schrittweise auf 65

Jahre an. Um Missbrauch durch „Frühverrentung“ auszuschließen, werden Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs in der Regel in den letzten beiden Jahren nicht mehr mitgezählt.



Höhere Mütterrente

Mütter (und Väter), die vor 1992 Kinder erzo-gen haben, bekommen pro Kind zwei Jahre Er-ziehungszeit statt bisher einem angerechnet. Damit erhöht sich ihre monatliche Rente um bis zu 28,61 Euro pro Kind, in den neuen Ländern um bis zu 26,39 Euro.

Mehr Erwerbsminderungsrente

Menschen, die aus gesundheitlichen oder un-fallbedingten Gründen erwerbsunfähig wer-den, erhalten eine höhere Erwerbsminderungs-rente. Bei einem Rentenbeginn seit dem 1. Juli 2014 wird die Rente so berechnet, als hätten sie bis zum 62. Lebensjahr mit dem bisherigen Durchschnittslohn gearbeitet statt nur bis zum 60. Lebensjahr.

Höheres Reha-Budget

Damit die gesetzliche Rentenversicherung ih-ren Versicherten helfen kann, so lange wie möglich gesund im Arbeitsleben zu stehen, be-kommt sie bis zu 233 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr für die medizinische und berufliche Re-habilitation.

✓ Mehr Zeit für die Familie

Wir ermöglichen eine bessere Balance zwis-chen Arbeit und Familie. Mit dem Elterngeld-Plus geben wir Eltern mehr Zeit und Gestal-tungsfreiheit, familiäre und berufliche Aufga-

ben partnerschaftlich zu teilen. Mit der Fami-lienpflegezeit sorgen wir für eine bessere Ver-einbarkeit von Beruf und Pflege.

ElterngeldPlus

Mit dem neuen ElterngeldPlus können Eltern bei Teilzeitarbeit künftig doppelt so lange El-terngeld beziehen (bis zu 28 Monate). Wenn Mütter und Väter parallel 25 bis 30 Stunden pro Woche arbeiten, um sich Familien- und Er-werbsarbeit zu teilen, erhalten beide das El-terngeldPlus für weitere vier Monate (Partner-schaftsbonus). Außerdem können Eltern zwis-chen dem dritten und dem achten Geburtstag des Kindes künftig 24 Monate Elternzeit neh-men und die Elternzeit flexibler aufteilen. Die Neuregelungen gelten ab Juli 2015.

Familienpflegezeit

Mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf unterstützen wir pfl-e-gende Angehörige mit mehr Rechten und grö-ßerer Flexibilität. Bei einem akut eintretenden Pflegefall erhalten Arbeitnehmerinnen und Ar-beitnehmer für eine zehntägige Auszeit zur Or-ganisation der Pflege künftig ein Pflegeunter-stützungsgeld. Für längere Auszeiten führen wir einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit ein: Angehörige können bis zu 24 Monate die Arbeitszeit reduzieren. Um Lohnausfälle aufzu-fangen, geben wir den Betroffenen einen An-spruch auf ein zinsloses Darlehen. Die Regelun-gen treten Anfang 2015 in Kraft.

✓ Mehr Geld für Bildung

Wir erhöhen das BAföG um 7 Prozent und för-dern über 100.000 Studierende zusätzlich. Die Länder erhalten mehr Spielräume zur Finanzia-rung von Schulen und Hochschulen. Der Bund investiert in Kita- und Studienplätze sowie in Forschung und Entwicklung. Außerdem haben wir das Kooperationsverbot im Grundgesetz ge-lockert.

Mehr Geld für Schüler/innen und Studierende

Mit der beschlossenen BAföG-Novelle erhöhen wir die Fördersätze zum Wintersemester 2016 um 7 Prozent. Durch die Anhebung der Einkommensfreibeträge erhalten rund 110.000 junge Menschen zusätzlich einen BAföG-Anspruch.



Mehr Geld für Kitas, Schulen, Hochschulen

Der Bund übernimmt ab 2015 die Kosten des BAföG vollständig. Dadurch werden die Länder dauerhaft um rund 1,17 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Sie werden die freiwerdenden Mittel für Kitas, Schulen und Hochschulen verwenden. Außerdem investiert der Bund rund 750 Millionen Euro zusätzlich in Krippen und Kitas und stellt bis 2020 rund 10 Milliarden Euro zur Finanzierung des Hochschulpaktes für mehr Studienplätze zur Verfügung.



Mehr Geld für Forschung

Für eine aktive Innovationspolitik und zur Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation sowie der Exzellenzinitiative stehen 3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Außerdem haben wir das Grundgesetz geändert und das Kooperationsverbot im Hochschulbereich

aufgehoben. Damit kann der Bund künftig Universitäten und Fachhochschulen dauerhaft fördern.

✓ Neustart der Energiewende

Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) war der erste Schritt für einen Neustart der Energiewende: Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet künftig nach einem verlässlichen Plan voran. Der Anstieg der EEG-Umlage wird gebremst. Damit sorgen wir für bezahlbaren Strom und sichern gleichzeitig Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie.

✓ Für bezahlbares Wohnen

Gutes Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden. Mit der Mietpreisbremse und guten Bedingungen für Neubauten tragen wir dazu bei, dass Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Mit mehr Investitionen in die Städtebauförderung verbessern wir die Lebensqualität vor Ort.

Die Mietpreisbremse

Bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt dürfen Mieten künftig höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die Länder legen jeweils für bis zu fünf Jahre fest, für welche Gebiete die Mietpreisbremse gilt. Bei der Beauftragung eines Maklers gilt künftig: „Wer bestellt, der bezahlt“ – in der Praxis meist der Vermieter. Der Gesetzgeber muss den Neuregelungen noch zustimmen.

Mehr Geld für Städtebau

Wir haben die Städtebauförderung von 455 auf 700 Millionen Euro jährlich angehoben. Besonders wichtig ist das Programm „Soziale Stadt“: Damit sich unsere Städte nicht in arme und reichere Stadtteile spalten, stellen wir mit dem Programm 150 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

Neubau von Wohnraum

Wir unterstützen den Neubau sowie den altersgerechten und energiesparenden Umbau von Wohnungen. Für den altersgerechten Umbau von Wohnungen haben wir wieder Zuschüsse eingeführt. Das energetische Bauen und Sanieren fördern wir mit 1,8 Milliarden Euro. Die Länder erhalten pro Jahr 518 Millionen Euro Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung.

✓ Kommunen entlastet

Wir entlasten die Städte und Gemeinden. Nur handlungsfähige Kommunen können eine gute soziale Infrastruktur wie Schulen, Kitas, Bibliotheken und Schwimmbäder zur Verfügung stellen.

Entlastung bei kommunalen Ausgaben

Durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung hat der Bund die Städte und Gemeinden bereits um 5,5 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Hinzu kommt nun eine jährliche Entlastung in Höhe von 1 Milliarde Euro in 2015 und 2016, die 2017 auf 2,5 Milliarden und ab 2018 auf 5 Milliarden ansteigt. Für den Bau und Betrieb von Kindertagesstätten stellen wir 750 Millionen Euro zusätzlich zu Verfügung. Außerdem investieren wir 140 Millionen Euro in die Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur.

Unterstützung finanzschwacher Kommunen

Um die Investitionskraft finanzschwacher Kommunen gezielt zu stärken, haben wir einen kommunalen Investitionsfonds von 3,5 Milliarden Euro beschlossen. Damit fördern wir 2015 bis 2018 Investitionen in Klimaschutz, Bildungseinrichtungen und sonstige Infrastruktur (z. B. Städtebau, Krankenhäuser, Lärmschutz).

✓ Gute Pflege

Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Umgebung alt werden. Deshalb

stärken wir die Pflege und machen sie zukunftsfest.

Zum 1. Januar 2015 erhalten Pflegebedürftige bessere Leistungen, pflegende Angehörige und Pflegefachkräfte werden entlastet. Die Leistungsbeiträge steigen um vier Prozent. Die Leistungen in der häuslichen Pflege werden flexibilisiert, Demenzkranke besser unterstützt. Außerdem stärken wir die Qualität der stationären Pflege. Mit dem Pflegestärkungsgesetz II wird zudem der Pflegebedürftigkeitsbegriff neu definiert. So werden nun auch geistige und psychische Einschränkungen berücksichtigt, die Ausgaben für die Pflege weiter erhöht und eine gerechtere Einordnung in Pflegegrade gewährleistet. Zur Finanzierung wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte angehoben. Zum 1. Januar 2017 folgt eine weitere Steigerung um 0,2 Beitragssatzpunkte. Ein Teil der Einnahmen fließt in einen neuen Pflegevorsorgefonds. Dieser soll ab 2030 die Beiträge stabilisieren, wenn Menschen aus den geburtenstarken Jahrgängen pflegebedürftig werden.

✓ Der Doppelpass

In Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern müssen sich nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden. Damit ist der Doppelpass in Deutschland für viele junge Erwachsene Realität.



WAHLKREISGRUPPEN ZU GAST IN BERLIN

Jedes Jahr bekommen 150 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis die Möglichkeit, an politischen Informationsfahrten teilzunehmen, die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert werden. Zum Programm gehört neben dem Besuch historischer und politischer Orte in Berlin auch eine Diskussion mit mir als Abgeordneter im Reichstag.



Außerdem gebe ich jedes Jahr gut 200 jugendlichen Schülern die Chance, Politik einmal hautnah zu erleben. Bei einem Besuch im Reichstag erfahren sie Interessantes über die Geschichte des Gebäudes und die Arbeit der Abgeordneten oder haben manchmal sogar die Chance, einer Plenardebatte beizuwohnen.



2013 bis 2016 besuchten mich u. a. folgende Kölner Gruppen und Vereine in Berlin:

Albert Schweizer Realschule; Berufskolleg Deutzer Freiheit; Berufskolleg Köln-Lindenthal; Bürgerverein Einsen; Festausschuss Porzer Karneval; Förderverein Köln Kolleg; Georg-Simon-Ohm Berufskolleg; Gymnasium Kreuzgasse; Gymnasium Köln-Deutz; Heinrich-Heine-Gymnasium; Hövi-Land; Humboldt Gymnasium; Interkultureller Dialog e.V.; Jugendtreff Vingst; Kaiserin-Augusta-Realschule; Kaiserin-Theophanu-Schule; Käthe-Kollwitz-Schule; Kopernikus-Realschule; Kölner Ski-Gymnastikclub 1964; KKG Blau-Weiß 1956 e.V.; Kultour op jöck; Lessing Gymnasium; Lise-Meitner-Gesamtschule; Männergesangsverein Urbach; Otto-Lilienthal-Realschule; Paul-Kraemer-Förderschule; Universität Bonn; Universität Köln; St. Sebastianus Schützenbruderschaft; Sozialverband VDK Nordrhein-Westfalen; TGC Porz; Theo-Burauen-Realschule; Urbacher Räuber; Ursulinengymnasium; VSG Porz e.V.



CHANCEN UND EINBLICKE FÜR JUNGE MENSCHEN

Für junge Menschen in Ausbildung gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, die Abläufe in meinem Abgeordnetenbüro kennenzulernen. Im Rahmen eines Praktikums unterstützten mein Berliner Büro in dieser Legislaturperiode: **Milena Lütz, Katharina Vogt, Mona vom Endt, Tobias Schulz, Robin Beek, Antonia Sieler, Julia Beyerunge, Daniel Streuber und Ben Ruppert.**

Am Planspiel Zukunftsdialo g der SPD-Bundestagsfraktion nahm **Cigdem Güctekin** aus Köln teil. **Nils Beuthert** aus Köln machte bei „Jugend und Parlament“ des Deutschen Bundestags mit, **Juliane Peisker** vertrat meinen Wahlkreis bei den Jugendpresstagen. **Julia Löhr** kam als Gewerkschaftsjuniorin anlässlich der Woche der GewerkschaftsjuniorInnen.

Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP), einem Jugendaustauschprogramm zwischen dem amerikanischen Kongress und dem Deutschen Bundestag, erhalten seit 1983 Schüler/innen und Auszubildende die Möglichkeit, ein Jahr in den USA zu leben. Als junge Botschafter Deutschlands lernen sie in amerikanischen Gastfamilien, was unsere Länder gesellschaftlich, kulturell und politisch verbindet und unterscheidet.

Oft darf ich als Abgeordneter in meinem Wahlkreis die Endauswahl unter mehreren Kandidatinnen und Kandidaten vornehmen. So waren 2013-2015 als Stipendiaten in den USA: **Antonia Erasmus** (2013/2014), **Barbara Delfs** (2014/2015) und **Cedric Wolff** (2015/2016).



Mit Jule Peisker und Thomas Oppermann




Mit Julia Beyerunge und Daniel Streuber

GREMIENMITGLIEDSCHAFTEN AUSSERHALB DES BUNDESTAGES

Im Zusammenhang mit meinen Arbeitsschwerpunkten bin ich Mitglied in folgenden Gremien:

Verwaltungsrat Deutsche Welle (DW)

Die Deutsche Welle hat ihren Sitz in Bonn und Berlin. Der Auslandssender ist die Stimme Deutschlands in der Welt, soll unsere Sichtweise, Sprache und Werte vermitteln und leistet einen wichtigen Beitrag zur globalen Meinungsvielfalt. Weltweit nutzen derzeit  118 Millionen Menschen mindestens einmal wöchentlich ein Angebot der DW im TV, Radio oder Internet.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Welle überwacht die Geschäftsführung des Intendanten außerhalb der Programmgestaltung. Das Aufsichtsgremium zählt sieben Mitglieder. Im Verwaltungsrat werden u. a. Haushalts- und Personalfragen des deutschen Auslandssenders erörtert. Zahlreiche Vorgänge bedürfen der Zustimmung des Verwaltungsrates, so der Abschluss von Tarifverträgen und die Beschaffung von Anlagen.

Beirat der Bundesnetzagentur (BNetzA)

Der Beirat der Bundesnetzagentur besteht aus jeweils 16 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und 16 Vertretern oder Vertreterinnen der Bundesländer, nicht selten die jeweiligen Wirtschaftsminister. Diese beraten die nationale Regulierungs- und Aufsichtsbehörde in den Bereichen Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen. Hierfür haben die Beiratsmitglieder umfassende Auskunftsrechte. Außerdem schlägt der Beirat die politische Leitung der Behörde vor, die dann von der Bundesregierung ernannt wird. Ich betreue im Beirat der BNetzA vor allem die Telekommunikationsthemen, darunter den Breitbandausbau und frequenzpolitische Fragen.




Bundesnetzagentur

tages und 16 Vertretern oder Vertreterinnen der Bundesländer, nicht selten die jeweiligen

Wirtschaftsminister. Diese beraten die nationale Regulierungs- und Aufsichtsbehörde in den Bereichen Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen. Hierfür haben die Beiratsmitglieder umfassende Auskunftsrechte. Außerdem schlägt der Beirat die politische Leitung der Behörde vor, die dann von der Bundesregierung ernannt wird. Ich betreue im Beirat der BNetzA vor allem die Telekommunikationsthemen, darunter den Breitbandausbau und frequenzpolitische Fragen.


Kuratorium Haus der Geschichte

Das Kuratorium ist das aufsichtführende Organ der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Kuratoriumsmitglieder entscheiden über den Haushalt, die Grundzüge der Programmgestaltung sowie über Personalfragen. Das Gremium setzt sich gedrittelt aus Vertretern der Fraktionen des Deutschen Bundestags, der Bundesregierung und Repräsentanten der Bundesländer zusammen. 

Stiftung
Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland

Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland liegt an der Museumsmeile in Bonn und ist ein Museum zur deutschen Zeitgeschichte seit 1945. Ebenso wie das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig, der Tränenpalast am Bahnhof Friedrichstraße und das Museum in der Kulturbrauerei in Berlin ist das Haus Teil der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Mit rund 850.000 Besuchern jährlich ist es eines der meistbesuchten Museen in Deutschland.

Vorstand der Medien- und Netzpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand

In der Medien- und Netzpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand treffen sich Medien- und Netzpolitiker/innen der SPD aus Bund, Ländern und dem EP, um etwa sechsmal im Jahr über aktuelle und grundsätzliche Themen zu beraten. 

Kunstbeirat beim Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Das Gremium, dem ich als einer von zwei Vertretern des Bundestages angehöre, entscheidet über die grafische Gestaltung der Sonderpostwertzeichen. Es stimmt dabei über alternative Entwürfe für die Briefmarken ab, die jeweils ausführlich diskutiert werden.

WAHLKREISZEITUNG „BERLIN DEPESCHE“

Seit Beginn meiner Abgeordnetentätigkeit 2002 gebe ich mit der „Berlin Depesche“ regelmäßig eine eigene Wahlkreiszeitung heraus. Darin finden sich aktuelle Informationen über meine Abgeordnetentätigkeit in Berlin und Köln sowie ausführliche Artikel zu wichtigen politischen Themen und Beschlüssen.

Die „Berlin Depesche“ kann auf meiner Homepage abgerufen und **per eMail abonniert** werden. **Druckexemplare** liegen in meinen drei **Bürgerbüros** aus. Sowohl was Umfang als auch Kontinuität angeht gibt es wohl wenig vergleichbare Publikationen von anderen Abgeordneten.



HOMEPAGE

Umfassende Informationen über meine Arbeit als Abgeordneter und die von mir vertretenen politischen Positionen erhalten Sie auf meiner Homepage:

www.martin-doermann.de

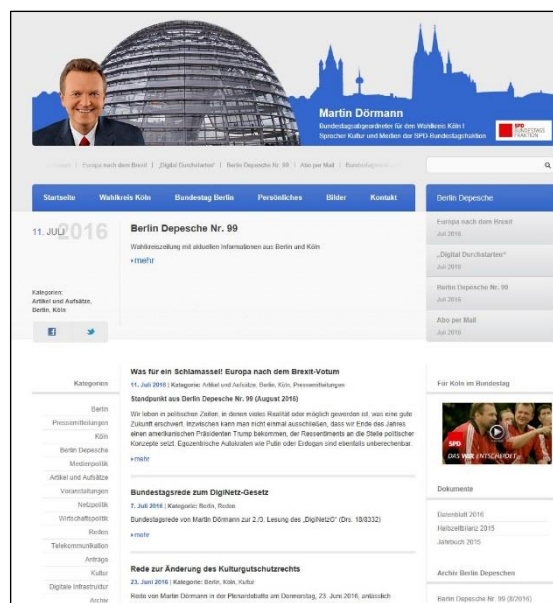
Dort eingestellt sind beispielsweise von mir verfasste Artikel und Anträge, Pressemitteilungen oder auch meine Bundestagsreden.

FACEBOOK

Aktuelle Statements und Fotos finden sich auf meiner facebook-Seite:



www.facebook.com/martin.doermann



IMPRESSUM: ZWISCHENBILANZ 2016

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030-227-73418, Fax: 030-227-76348, eMail: martin.doermann@bundestag.de

Redaktion: Martin Dörmann (verantwortlich), Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Dietz, Stefan Stader

Bildnachweis: K.-H. Tillmann (S. 5 m.l.); Marco Urban (Portraits S. 9, S. 11); Frank Heinz privat (S. 9 u. r.); Bildarchiv Deutscher Bundestag (S. 11 o.r.); facebook (S. 12); flickr.com/HSQ AG (S. 13); Friedrich Ebert Stiftung (S. 14); pixeio/H.D.Volz (S. 15); SPD-Bundestagsfraktion (S. 18 o.l., S. 19, S. 20 u.l., S. 21); Institut für Arbeit und Qualifikation ©Hans-Böckler-Stiftung 2014 (S. 18 u.l.); DSW/HIS-HS 20. Sozialerhebung (S. 20 o.l.); BA/Atelier Schneider (S.22u.); Büro Dörmann (restliche)